

## **Bericht zur Gemeinderatssitzung vom 19.09.2013 im Bürgersaal Oberkirchberg**

Zur ersten Sitzung nach der Sommerpause begrüßte Bürgermeister Bertele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Herrn Franz Glogger von der Südwest Presse, Herrn Manfred Kornmayer von der Verwaltung sowie die Zuhörer. Er stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit und gab die Protokolle der letzten Sitzung bekannt. Zur Bürgerfrageviertelstunde meldete sich niemand.

### **Bürgerbüro Oberkirchberg – künftige Verwendung der Räume**

In der Sitzung vom 16.05.2013 hatten mehrere Gemeinderäte eine Behandlung des Anliegens im Gemeinderat beantragt und dies besonders im Hinblick auf die Möglichkeit, die ebenerdigen Räume an die Musikschule, bei der aktueller Bedarf besteht, zu überlassen.

Bereits in der Sitzung vom 14.04.2011 befasste sich der Gemeinderat mit dem Thema, weil schon damals angesichts der vergleichsweise geringen Auslastung mit nur 5,4 Besuchern je Öffnungstag die technischen Beschaffungen an Gerätschaften für den neuen Personal zur Disposition standen. Auch im Zusammenhang mit der Auslagerung des Kindergartens St. Franziskus stand die Nutzung des Bürgerbüros in der Diskussion. Geöffnet hat das Bürgerbüro bisher jeweils montags von 08:00 bis 12:00 Uhr, mittwochs von 14:00 bis 19:00 Uhr und freitags von 08:00 bis 12:00 Uhr.

Bei den neuerlichen, aktuellen Zählungen vom 22.07.2013 bis 04.09.2013 mit insgesamt 20 Öffnungstagen wurden insgesamt 79 Besucher und damit nur noch 3,95 Besucher je Öffnungstag festgestellt. Hauptamtsleiter Manfred Kornmayer legte die Details wie folgt fest:

- 24 wg. Ausweis / Pass (Antrag bzw. Abholung)
- 17 wg. Gelber Sack
- 14 wg. versch. Anträge (Briefwahl, Führungszeugnis, Beglaubigungen, etc.)
- 8 wg. Meldewesen
- 5 wg. Wasser, Müll, etc.
- 5 wg. Schule, Kernzeit, Ferienprogramm
- 4 wg. Sozialanträge
- 2 wg. Rentenantrag (auf Termin)

Er stellte fest, dass damit das durchschnittliche Besucheraufkommen noch weiter sank und zudem die Verteilung des Gelben Sacks eine Aufgabe des Abfuhrunternehmens des Dualen Systems ist. Weiterhin betonte er, dass das Personal im zentralen Rathaus für Verwaltungsaufgaben dringender benötigt werde und die Aufgaben durch die dortigen Arbeitsmittel und Vertretungsmöglichkeiten besser für die Bürger erledigt werden könnten. Objektiv sei eine Wirtschaftlichkeit bei dieser geringen Auslastungsquote nicht mehr gegeben, fasste Bürgermeister Bertele zusammen. Er bedauerte, dass sein Büroraum jeweils nur am Mittwochnachmittag genutzt werde und auch dies nicht durchgehend wegen beispielsweise der Bürgermeistersitzungen auf Kreisebene jeweils am Mittwochnachmittag und manch anderer Termine. Gleichzeitig fehle es der Musikschule an Räumen letztlich zum Nachteil der Musikschüler.

Hauptamtsleiter Manfred Kornmayer erinnerte an die Notariatsreform im Jahr 2018, die weitere Veränderungen im Amtshaus, Schloßstraße 4 mit sich bringe. Die Musikschule Iller-Weihung habe bereits in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 16.05.2013 die derzeit unbefriedigende Raumsituation in Oberkirchberg umfassend dargestellt. Nach der Verbandssatzung für die Musikschule Iller-Weihung hätten die Mitgliedsgemeinden dem Zweckverband für den Lehr- und Unterrichtsbetrieb geeignete Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung zu stellen. Darüber hinausgehende Raumausstattung für Büros, Sozialräume, Aufbewahrung etc. ist mit der Musikschule im Rahmen eines Mietverhältnisses festzulegen.

In der Diskussion sprach sich ein Gemeinderat gegen eine vollständige Schließung des Bürgerbüros in Oberkirchberg aus. Ein Gemeindeteil mit ca. 2.000 Einwohnern brauche eine Anlaufstelle für Dienstleistungen der Gemeinde vor Ort. Aufgrund der geringen Frequentierung hegte er Verständnis, die Öffnungszeiten am Montag und Freitag zu streichen, an einem Tag - wie bisher mittwochs - solle aber abends für 2-3 Stunden bis 19:00 Uhr geöffnet sein. Die Anwesenheit des Bürgermeisters erachtete er nicht als nötig, jedoch eine Verwaltungskraft für die Anliegen der Bürger. Zumindest empfahl er einen Versuch über ein Jahr hinweg.

Eine Gemeinderätin widersprach dem Vorschlag, weil das Bürgerbüro wegen seiner Lage auf dem Berg nur von einem Bruchteil der Bürger genutzt werde und der weitaus größte Teil lieber den bequemeren Weg nach Unterkirchberg wähle. Die Musikschule habe einen weitaus größeren Bedarf

und durch die erheblich intensivere Nutzung käme dies dem Gemeindeteil mehr zugute. Die Entwicklung habe dazu geführt, dass das Bürgerbüro kaum mehr in Anspruch genommen werde und daraus gelte es, zum Wohl einer anderen Einrichtung, die Konsequenzen zu ziehen. Die Zeit sei reif, nun Nägel mit Köpfen zu machen.

Dieser Auffassung schloss sich ein anderer Gemeinderat an. Mit der geringen Besucherquote lasse sich ein Bürgerbüro nicht mehr wirtschaftlich betreiben. Er plädierte dafür, das Bürgerbüro zu schließen und einer besseren Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Zwei weitere Gemeinderäte unterstützen die Ansicht, dass das Bürgerbüro nicht vollständig geschlossen werden, sondern wenigstens eine kleine Servicestelle ausprobiert werden solle, unter Umständen auch in den Räumen des Verwaltungsverbandes.

Mehrere weitere Wortmeldungen hielten dem wiederum entgegen, dass die Bürger bereits entschieden hätten, indem sie das Bürgerbüro im Amtshaus kaum noch aufsuchen und lieber ins Rathaus Unterkirchberg kommen würden. Der Aufwand für eine Zwischenlösung wurde als unrentabel und schwierig mit hohem Aufwand betrachtet. Es wurde davon abgeraten, „halbe Sachen“ zu machen. Der akute Bedarf der Musikschule gebiete eine Bereitstellung für diese Zwecke zum Wohl eines größeren Anteils der Bürgerschaft.

Bürgermeister Bertele fasste zusammen, dass Übereinstimmung herrsche zur Streichung der am wenigsten genutzten Öffnungszeiten jeweils am Montag- und Freitagvormittag. Im Hinblick auf die angesprochene Servicestelle empfahl er, die Möglichkeiten dazu erst zu prüfen und die Angelegenheit dann nochmals im Gemeinderat zu diskutieren und zu beschließen. Dieser Vorschlag wurde einvernehmlich angenommen.

#### **Straßensanierungen – Ausbauprogramm 2014 ff.**

Erörtert wurden die im kommenden Jahr auszuführenden Straßensanierungen und die damit verbundenen Arbeiten an Wasserleitungen und Kanalisation.

Im Burgunderweg gab es in den vergangenen 10 Jahren 6 Rohrbrüche sowie häufige Rohrbrüche an Hausanschlussleitungen. Der Abschnitt zwischen Schelmenweg und Trollingerweg wäre im Bereich der Wasserleitung dringend komplett zu erneuern. Der Kanal ist an mehreren Stellen mittels Partliner repariert worden. Der Straßenbelag weist zahlreiche Flickstellen auf und bricht auch immer wieder auf.

An der Burgstraße wurde die Wasserleitung von der Weihungstraße bis zur Einmündung obere Zufahrt Gemeindehalle bereits erneuert. Die Erneuerung wäre fortzuführen über die gesamte Burgstraße bis zur Illerstraße und im Kirchweg. Im nördlichen Bereich der Burgstraße ab der Einmündung Kirchweg bis zur Illerstraße sind nur wenige Gebäude angeschlossen. In diesem Bereich wäre auch noch der Sickerwasserkanal zu erneuern. Zu beachten ist der notwendig werdende Anschluss zur Bebauung des Grundstücks Enderle. Der Straßenbelag weist insbesondere im Bereich des Kindergartens St. Josef erhebliche Schäden auf. Die Erneuerung könnte sich deshalb zunächst auf den Abschnitt von der oberen Zufahrt Gemeindehalle bis zur Einmündung Kirchweg und ggf. weiter bis zum Sanierungsbereich Kirchweg erstrecken (ca. 200 lfm + 180 lfm). Im unteren Abschnitt stehen auch noch Kanalsanierungen an.

Die Uhlandstraße weist zahlreiche Flickstellen auf. In den Jahren 2001 bis 2012 gab es 13 Rohrbrüche (insgesamt: ca. 340 lfm zzgl. + 3 Stichwege). Der Kanal ist an mehreren Stellen mittels Partliner repariert worden. Der Bereich ist im Landessanierungsprogramm enthalten. Erhöhungsanträge wurden gestellt, aber bisher nicht bewilligt.

Das Land plant, den Belag der Landesstraße 240 (Unterweiler Straße) von Unterkirchberg bis Unterweiler zu erneuern. Die provisorische Querungshilfe östlich der Robert-Bosch-Straße wird dann vom Straßenbaulastträger fest eingebaut. Die Gemeinde hatte die betroffenen Gehwegbereiche bereits absenken lassen. In diesem Zusammenhang muss die Wasserleitung in der Unterweiler Straße im Bereich zwischen Fischbachweg und Raiffeisenstraße wegen fehlender Schieber erneuert werden.

Der Fischbachweg weist mangels tragfähigem Unterbau erhebliche Schäden am Fahrbahnbelag auf, jedoch traten dort keine Schäden an der Wasser- und Kanalleitung auf, obwohl diese Jahrzehnte alt sind. Aufgrund der Gesamtsituation kommt dort zu gegebener Zeit ein Vollausbau in Betracht.

Einstimmig wurde nach kurzer Diskussion beschlossen, im nächsten Jahr den Burgunderweg im Bereich Schelmenweg bis Trollingerweg zu erneuern und die Wasserleitungsarbeiten vorsorglich rechtzeitig in Auftrag zu geben, um vorbereitet zu sein für die Bauarbeiten des Landes an der Unterweiler Straße.

### **Neubau Sporthalle – weitere Vergaben**

Bei der Ausschreibung der Gerüstarbeiten gab nur eine einzige Firma ein Angebot ab – und dieses verspätet. Aufgrund seiner Preiskennnisse führte Architekt Völk nun Verhandlungen mit Firmen und erhielt auf diesem Wege ein preiswürdiges Angebot der Fa. Dullenkopf aus Senden zum Betrag von rund 42.500 EUR. Einstimmig wurde beschlossen, dieses Angebot anzunehmen und der Firma den Auftrag zu erteilen.

### **Finanzierung der Verbands-/Gemeinschaftsschule Staig**

Bürgermeister Bertele berichtete, dass die Gemeinde Schnürpflingen eine Neuordnung der bisher schülerzahlabhängigen Schulfinanzierung beantragt habe. Aktuell besuchen erheblich mehr Schülerinnen und Schüler aus Schnürpflingen und auch aus Staig die künftige Gemeinschaftsschule in Staig als aus Illerkirchberg. Dementsprechend erhöht sich die von Schnürpflingen und ebenso von Staig zu zahlende Umlage. Bürgermeister Michael Knoll fordert eine Aufteilung der Kosten zu 50 % nach Einwohnerzahlen und zu 50 % nach Schülerzahlen. Die von Illerkirchberg und Hüttisheim dann zu zahlenden Umlagen würde in diesem Falle erheblich steigen.

Seitens der Gemeinde Schnürpflingen – und auch der Gemeinde Staig – wird insbesondere der Wegfall der verbindlichen Schulempfehlung als Ursache für eine Änderung geltend gemacht. Die Eingangsklasse habe sehr viele auswärtige Schüler. Zum Erhalt der Schule würden möglichst viele Schüler gebraucht und so trage Schnürpflingen maßgeblich zum Erhalt der Schule bei. Diese und weitere Gründe rechtfertigten nach Auffassung von Bürgermeister Bertele nicht, das seit 40 Jahren geltende und auch landesweit übliche Verfahren aus der aktuellen Schülerrelation abzuschaffen. Schüler habe die Schule auch vor dem Wegfall der Schulempfehlung dringend gebraucht. Und auch die vom Gemeindetag herausgegebene und landauf landab angewandte Musterfinanzierung über Schülerzahlen bekräftige das aktuelle Umlagesystem. Neu ist seinen Worten zufolge lediglich der hohe Anteil auswärtiger Schüler. Insofern sah er im Sinne der Finanzierungsgerechtigkeit Handlungsbedarf. Eine GVV-Gemeinde mit einem überdurchschnittlichen Schüleranteil trage ansonsten die anteiligen Kosten für die auswärtigen Schüler mit. Dem Gemeinderat empfahl er, einer Neuregelung zuzustimmen, wonach die anteiligen Kosten auswärtiger Schüler außerhalb der GVV-Gemeinden auf die Mitgliedsgemeinden nach Einwohnerzahlen geteilt werden. Schließlich seien diese Schüler willkommen zur Stärkung des Schulstandortes.

In einigen Wortmeldungen befürworteten die Gemeinderäte diesen Vorschlag und beschlossen diesen einstimmig.

### **Baugesuche**

Für ein Baugrundstück am Schellingweg lag eine Baugesuch für ein Doppelhaus mit jeweils einer Garage vor. Der Bebauungsplan schreibt dort Einzelhäuser vor und überdies waren zugleich Befreiungen zur Überschreitung der Vollgeschosszahl und der Gaubenform beantragt. Neben der sehr massierten Bauweise in diesem Einfamilienhausgebiet und vorhersehbarer Parkprobleme wurde das Baugesuch abgelehnt.

Zugestimmt wurde einer kleinen Gerätehütte am Gärtnerweg als sogenannte Nebenanlage. Zugestimmt wurde ebenfalls dem Um- und Ausbau des Raiffeisenbankgebäudes. Dort entstehen entsprechend der landesweiten Maxime Innenbereich vor Außenbereich weitere Wohnungen im Ortskern. Die erforderlichen Parkplätze sind nachgewiesen.

Ebenfalls zugestimmt wurde einem Baugesuch für ein Einfamilienhaus mit Doppelgarage in Beutelreusch. Der Bauort liegt innerhalb der Abrundungssatzung und entspricht der umgebenden Bebauung.

### **Sonstiges, Bekanntgaben**

Bei der Planung des Kreisverkehrs ergab sich die Alternative, die Weihungstraße bis kurz vor dem Einmündungsbereich in der bisherigen Breite von 4 m zu belassen oder im Baubereich, der sich bis zum Querweg zum Kirchweg erstreckt, auf 5,50 m zu verbreitern. Die Mehrbreite ermöglicht Begegnungsverkehr zwischen Autos und landwirtschaftlichen Fahrzeugen. In vergangener Sitzung wurde bereits grundsätzlich die Verbreiterung beschlossen und nun neuerlich nach vorliegender Kostenschätzung über 15.000 EUR bestätigt.

Das Ingenieurbüro Tsalos legte die Abrechnung zur Sanierung der oberen Bucher Straße vor.  
Demnach liegen die Kosten im geplanten Rahmen.

Straßenbau und Leerrohre

188.353,92 EUR

Wasserleitung

179.496,76 EUR

Gesamt:

367.850,68 EUR

Die Abrechnung wurde zur Kenntnis genommen.

Hauptamtsleiter Manfred Kornmayer berichtete, dass die Gemeindeprüfungsanstalt seit 16.09.2013 beim Bürgermeisteramt und beim Gemeindeverwaltungsverband mit 2 Prüfern zur allgemeinen Finanzprüfung der Haushaltsjahre 2008 – 2012 arbeite. Die Anstalt kontrolliere die gemeindliche Arbeit auf ihre Richtigkeit.

Bürgermeister Bertele berichtete über die Wanderkonzeption für den Alb-Donau-Kreis und die damit verbundene kommunale Beteiligung. Die überörtlichen Wanderwege des Schwäbischen Albvereins würden nach detaillierter Prüfung neu beschildert werden. Nach Beschluss des Kreistages trage der Landkreis die Hälfte der Kosten von insgesamt 160.000 EUR und die Gemeinden anteilig die andere Hälfte, Illerkirchberg konkret 2.042,07 EUR.

Zur Förderung neuer Medien und Technologien im ländlichen Raum habe kürzlich im Landratsamt die Gründung eines Vereines stattgefunden. Vor allem in ländlichen Regionen erfolge der Netzausbau marktabhängig nicht flächendeckend. Für privatwirtschaftliche Unternehmen würden Investitionen und die Bereitstellung eines entsprechenden Leistungsangebots in weniger dicht besiedelten Gebieten keinen gewinnbringenden Nutzen bieten, weshalb im ländlichen Raum auch in absehbarer Zeit kein entsprechender Netzausbau erfolgen werde. Vielerorts hätten die Kommunen den Netzausbau nun selbst in die Hand genommen und sich zu einem interkommunalen Verband zusammengeschlossen und hierzu einen Verein gegründet. Auf seinen Vorschlag tritt die Gemeinde dem Verein bei, um an Informationen und etwaigen zusammengefassten Ausschreibungen zu partizipieren.

Im Anschluss gab Bürgermeister Bertele dem Gemeinderat noch eine Reihe von Einladungen bekannt und schloss sodann die öffentliche Sitzung. Eine nichtöffentliche Sitzung setzte den Sitzungsabend fort.